

„Nächstenliebe verlangt Klarheit“ –

Kein Naziaufmarsch, nirgendwo

Neonazis aus ganz Europa mobilisieren für den 13. und 18. Februar 2012 erneut zu Aufmärschen nach Dresden. Die Aufmärsche anlässlich der Bombardierung Dresdens im Februar 1945 haben sich in den letzten Jahren zum größten, regelmäßig stattfindenden Treffen von Alt- und Neonazis jeder Couleur in Europa entwickelt.

Rechte Gewalt und entsprechende Einstellungen in Dresden und anderswo sind unvereinbar mit demokratischen Werten, die für viele von uns in unseren jeweiligen religiösen Überzeugungen wurzeln.

Europas größten Naziaufmarsch blockieren – friedlich und entschlossen!

Gerade als Christen sind wir aufgefordert uns dieser menschenverachtenden und menschenfeindlichen Ideologie massiv entgegenzu stellen. Wir laden alle Menschen ein, sich am 13./18. Februar 2012 unter dem Motto "Nächstenliebe verlangt Klarheit – Keine Naziaufmärsche, nirgendwo" an unserem christlichen Blockadepunkt zu beteiligen. Wir beten für Frieden und Menschenwürde, für gleiche Rechte aller Menschen ohne Ansehen der Religion, der Nationalität, der Hautfarbe, des Geschlechts, der sexuellen Identität und des Standes, für Stärkung gesellschaftlichen Engagements gegen Menschenfeindlichkeit und Gewalt.

Angesichts der in den letzten Monaten bekannt gewordenen Mordserie der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ist es in diesem Jahr besonders wichtig, dass viele Menschen aus der gesamten Bundesrepublik ein deutlich sichtbares Zeichen gegen rechten Terror und menschenfeindliche Einstellungen setzen.

Gerade weil wir als Christ_innen das Recht auf freie Meinungsäußerung als hohes Gut schätzen, müssen wir uns denen entschlossen entgegenstellen, die die unveräußerlichen Menschenrechte mit Füßen treten und die Demokratie beseitigen wollen.

Wir wollen uns mit unseren Gebeten und Liedern friedlich und entschlossen denen entgegenstellen, die den Gedenktag missbrauchen, um ihre menschenfeindliche Gesinnung zu demonstrieren.

Der Geschichtsverdrehung widersprechen!

Großveranstaltungen wie die in Dresden fördern neonazistische Strukturen zelebrieren Zusammenhalt im Sinne einer

nationalsozialistischen Identität und dienen der Vernetzung in ganz Europa.

Auf Transparenten und in Flugschriften setzen Neonazis die Opfer der alliierten Luftangriffe auf Dresden mit den Ermordeten in den Konzentrations- und Vernichtungslagern gleich – und verharmlosen damit den Holocaust. Durch solche revisionistischen Gedenkveranstaltungen werden Traditionslinien zum historischen Nationalsozialismus gestärkt. Der Vernichtungscharakter der deutschen Kriegsführung im 2. Weltkrieg wird verschwiegen und die Fragen nach Schuld und Verantwortung werden verdreht.

Während Leningrad, Rotterdam oder Coventry Ziele des deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieges waren, wurde Dresden um der Beendigung des mörderischen NS-Regimes willen bombardiert. Das Ziel der Alliierten war die Befreiung Europas vom Nationalsozialismus. Um der neonazistischen Propaganda entgegenzutreten, darf dieser Unterschied nicht verwischt werden. Diese Sicht schließt auch die Form der Trauer um die Toten dieses Bombenangriffs auf Dresden ein.

Ziviler Ungehorsam ist ein Bürgerrecht!

Von den Kriminalisierungsversuchen zivilen Ungehorsams durch Politiker_innen und Behörden lassen wir uns nicht irritieren. Gewaltfreie Blockaden sind eine Gewissensentscheidung und gehören zum Grundrecht auf freie Meinungsäußerung.¹ Die unabdingbare und bedingungslose Friedlichkeit aller Aktions- und Protestformen ist für Christinnen und Christen in der Nachfolge Christi unbedingte Voraussetzung für solches Handeln.² Friedliche Blockaden „haben in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mehrfach zu positiven Veränderungen in Politik und Gesellschaft geführt.“³

¹ Eine Versammlung ist eine örtliche Zusammenkunft mehrerer Personen zur gemeinschaftlichen, auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung oder Kundgebung (vgl. BVerfGE 104, 92 <104>; BVerfGK 11, 102 <108>). Dazu gehören auch solche Zusammenkünfte, bei denen die Versammlungsfreiheit zum Zwecke plakativer oder aufsehenerregender Meinungskundgabe in Anspruch genommen wird (vgl. BVerfGE 69, 315 <342 f.>; 87, 399 <406>). Der Schutz ist nicht auf Veranstaltungen beschränkt, auf denen argumentiert und gestritten wird, sondern umfasst vielfältige Formen gemeinsamen Verhaltens bis hin zu nicht verbalen Ausdrucksformen, darunter auch Sitzblockaden (vgl. BVerfGE 73, 206 <248>; 87, 399 <406>; 104, 92 <103 f.>); Quelle: 1 BvR 388/05, Abs. 32 und 33, Entscheidung vom 7. März 2011

² Eine Versammlung verliert den Schutz des Art. 8 GG grundsätzlich bei kollektiver Unfriedlichkeit. Unfriedlich ist danach eine Versammlung, wenn Handlungen von einiger Gefährlichkeit wie etwa aggressive Ausschreitungen gegen Personen oder Sachen oder sonstige Gewalttätigkeiten stattfinden, nicht aber schon, wenn es zu Behinderungen Dritter kommt, seien diese auch gewollt und nicht nur in Kauf genommen (vgl. BVerfGE 73, 206 <248>; 87, 399 <406>; 104, 92 <106>). Der Schutz des Art. 8 GG besteht zudem unabhängig davon, ob eine Versammlung anmeldepflichtig und dementsprechend angemeldet ist (vgl. BVerfGE 69, 315 <351>; BVerfGK 4, 154 <158>; 11, 102 <108>). Er endet mit der rechtmäßigen Auflösung der Versammlung (vgl. BVerfGE 73, 206 <250>); Quelle: 1 BvR 388/05, Abs. 32 und 33, Entscheidung vom 7. März 2011

³ Beschluss der 4. Tagung der 11. Synode der EKD in Magdeburg, 09. November 2011

Wir rufen alle Menschen und insbesondere Christen - Junge und Alte, aus Ost oder West, mit oder ohne deutschen Pass - auf, Neonazis nicht ungehindert durch Dresden marschieren zu lassen.

Tun Sie was – nutzen Sie die Möglichkeiten!

Wir stehen für Vielfalt und Kreativität. Alle anderen friedlichen Aktionsformen und Veranstaltungen zivilgesellschaftlichen Widerstands gegen demokratiefeindlichen Ungeist unterstützen wir ausdrücklich. Wir freuen uns, dass zivilgesellschaftliche Akteure, die Stadt Dresden und erstmals auch die sächsische Staatsregierung zu sicht- und hörbarem Widerstand gegen extrem rechte Dominanzbestrebungen und Aufmärsche aufrufen.

Wir Christen müssen und wollen uns überall und so auch in Dresden gegen den gesellschaftlichen und politischen Rechtsextremismus wehren, weil er fundamental unseren christlichen Grundüberzeugungen widerspricht. Es geht um den Kern unseres Glaubens an Gottes Schöpfung, unser aller Geschöpflichkeit ohne Unterschiede im Ansehen der Person und die Gemeinschaft mit den Ohnmächtigen und Schwachen.

SprecherInnenrat der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus

Kontakt:

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus

c/o Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Auguststraße 80

10117 Berlin

Telefon: 030-28395 184

E-Mail: post@bagkr.de